

Der Kreisparteitag hat beschlossen:

Antragsname:

Volle gesellschaftliche

Anerkennung für die

Sicherheitsbehörden

Antragsteller:

Kreisvorstand Essen

5

Volle gesellschaftliche Anerkennung für die Sicherheitsbehörden – FDP wendet sich gegen die Diffamierung von Polizeivollzugsbeamten

10 Insbesondere im Ruhrgebiet werden seit Jahren Angehörige der Sicherheitsbehörden zunehmend Opfer von körperlicher und verbaler Gewalt sowie von Anfeindungen und Respektlosigkeit. Die Essener FDP nimmt diese Entwicklung mit großer Sorge wahr und betrachtet Straftaten gegen Einsatzkräfte im Dienst als Angriff auf die Zivilgesellschaft und den Rechtsstaat. Die häufig unter Gefahr für ihre eigene

15 Gesundheit und körperliche Unversehrtheit zum Schutz der Allgemeinheit eingesetzten Beamten verdienen für ihre wertvolle Arbeit unseren Dank und unsere Anerkennung.

Seite 1 von 1

20 Vor diesem Hintergrund weist die Essener FDP pauschale Vorwürfe gegen die Polizei wegen angeblicher Diskriminierung und Rassismus, aktuell unter anderem sogar aus den Reihen der Gewerkschaft Verdi, als völlig unbegründet zurück. Eine Pauschalisierung und damit Diffamierung von Sicherheitsbehörden und ihrer Bediensteten kann nicht im Interesse unserer freien und demokratischen Gesellschaft sein. Eine solche Vorgehensweise dient den politischen Rändern unseres

25 Parteienspektrums, welche das Ziel haben, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen.

Die Essener FDP:

- 30
- spricht allen Einsatzkräften ihren Dank für die wertvolle tägliche Arbeit aus und verteidigt sie gegen ungerechtfertigte Diffamierungen und Gewalt
 - erwartet vom Innenminister einen Verzicht auf die Entsendung der Essener Einsatzhundertschaft in andere Bundesländer, die eine sachgerechte polizeiliche

35 Arbeit erschweren, indem sie mit Antidiskriminierungsgesetzen und Beweislastumkehr, absurde Unterstellungen definieren und damit den Einsatzkräften die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben zum Nachteil der Gesellschaft weitestgehend erschweren

 - fordert im Einsatz für mehr Respekt gegenüber unseren Einsatzkräften die konsequente Entfernung von „ACAB-Graffiti“ im öffentlichen Raum unserer Stadt.

40